



Nach Kopenhagen - und «Climategate»

HANS RENTSCH

Vom Kopenhagener Klimagipfel «COP15» sind zwei Punkte im Gedächtnis geblieben. Erstens hantieren Politiker mit exakten Temperatur- und CO₂-Reduktionszahlen, wie wenn das Klima im physikalischen Labor stattfinden würde. Zweitens geht es um astronomische Geldsummen, die gegen den Klimawandel verteilt und unverteilt werden sollen. Solche Aussichten mobilisieren alle möglichen Akteure. Zu den materiellen Profiteuren gehört auch der Wissenschaftskomplex. Die öffentliche Aufmerksamkeit müsste vermehrt auf die drohende Politisierung der Forschung gelenkt werden - eine Aufgabe, der sich die hiesigen Medien bisher verschlossen haben.

«Climategate»? Keine Ahnung

«Climategate» hat in unseren Medien bisher kaum Beachtung gefunden. Auch wenn noch nicht abzuschätzen war, welche Tragweite «Climategate» haben würde, gab es Anfang Dezember Interessantes zu berichten: Der gehackte Mailverkehr der britischen Climatic Research Unit (CRU) der University of East Anglia deckte manipulierende Praktiken gegen Kritik(er) auf, die man im Wissenschaftsbetrieb nicht erwarten würde. Die CRU ist entscheidend am UN-Klimarat «Intergovernmental Panel On Climate Change» (IPCC) und dessen Publikationen zur Klimaerwärmung beteiligt.

Die Zeitschrift «Telepolis» beschreibt einige der unschönen Praktiken: «Es geht dabei etwa um Versuche, Daten zu "beschönigen" oder zu "verbessern", in einem Mail als "Trick" bezeichnet. In einem anderen Mail heisst es, man könne die Erwärmung leider nicht beweisen. (CRU-Direktor) Phil Jones schrieb, er würde die vom Institut gesammelten Klimadaten lieber vernichten, als sie über ein Gesuch nach dem Informationsfreiheitsgesetz an Klimaskeptiker herausgeben. Und er forderte seinen Kollegen, den US-Klimaforscher Michael Mann, auf, Emails zu löschen. Dieser wiederum gibt Kollegen zu bedenken, ob man nicht eine Wissenschaftszeitung boykottieren solle, weil dort Artikel von Klimaskeptikern veröffentlicht würden, die ansonsten vom Peer-Review-Prozess abgelehnt wurden. Und dazu kommt eine weitere Intention: "I can't see either of these papers being in the next IPCC report. Kevin and I will keep them out somehow - even if we have to redefine what the peer-review literature is!"»

Dem Publikum wird suggeriert, beim IPCC handle es sich um ein wissenschaftliches Gremium. Doch so sehr man heute versucht, den wissenschaftlichen Konsens im IPCC in den Vordergrund zu rücken - das IPCC wurde als politische Institution eingerichtet. IPCC-Chairman Pachauri ist der wandelnde Beweis. Er ist zwar auch Naturwissenschaftler, scheute sich aber nicht einmal, den dänischen Ökonomen Björn Lomborg, den bekannten Kritiker der offiziellen Klimapolitik, mit Holocaust-Semantik zu traktieren: «Wodurch unterscheidet sich Lomborgs Sicht auf die Menschen von derjenigen Hitlers?» oder «Wenn Sie Lomborgs Denken folgen sollten, war das, was Hitler getan hat, möglicherweise richtig.» (zit. aus Björn Lomborg: Cool it). Kein Wunder hat sich in den klimapolitischen Kampfzonen des deutschen Sprachraums für Skeptiker der perfide Begriff «Klimaleugner» eingebürgert.

Politierte Wissenschaft in der Schweiz?

Die ETH Lausanne verlieh vor zwei Jahren dem früheren US-Vizepräsidenten und heutigen Klimaaktivisten Al Gore, bekannt durch seinen Klimakatastrophenfilm «An Inconvenient Truth», die Ehrendoktorwürde - ein bewusster politischer Akt. Passender für eine naturwissenschaftlich ausgerichtete Hochschule wäre es gewesen, wenn sie sich daran gemacht hätte, die von Gore publikumswirksam inszenierte «Wahrheit» zu hinterfragen. Ehrendoktor Gore ist übrigens von seiner Wahrheit so überzeugt, dass er die direkte öffentliche Debatte mit Lomborg verweigerte.

Das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich ist in einem Projekt mit dem umweltpolitisch engagierten Club of Rome verbunden. Auf der Agenda des Club of Rome steht der Klimawandel ganz oben. In seiner «Amsterdam Declaration» zum Kopenhagener Klimagipfel stösst man in den ersten paar einleitenden Zeilen auf lauter alarmistische Formulierungen: «...the growing risk of catastrophic climate change», «... this existential threat to the future of humanity», «... to salvage the future of the planet». Der drohende Klimakollaps bietet dem Club of Rome auch die Chance, seinen Ladenhüter «Grenzen des Wachstums» neu zu beleben: «We should not aim to recover the pre-crisis path of economic growth, which leads towards disaster», liest man in der «Amsterdam Declaration». An einem gemeinsamen Anlass von ETHZ und Club of Rome zum Klimawandel traten letztes Jahr auf dem Podium ETH-Professoren als Klimawarner auf. Sie präsentierten zwar auch ihre Forschungsergebnisse, riefen aber auch mehr oder weniger eindeutig zu politischem Handeln gegen den Klimawandel auf. Auf die Rolle des «honest broker», des unparteiischen Vermittlers wissenschaftlicher Erkenntnisse, wollte sich kaum jemand beschränken.

Dank engagierten Staatsmedien hat die Klimaforschung bei uns auch ein Gesicht. Als führendes Mitglied im IPCC ist der Berner Klimawissenschaftler Thomas Stocker auf Auftritte an Radio und Fernsehen abonniert. Obwohl er sich selbst als «honest broker» sieht, zielen seine Statements auf politische Wirkung auf der Linie des «IPCC-Konsenses». Dabei ist dieser Konsens wissenschaftlich nicht unbestritten. Nur haben die Skeptiker unter den Forschern keinen globalen «Sprachverstärker» wie das IPCC. Auch droht ihnen Marginalisierung, wenn sie den «wissenschaftlichen Konsens» zu stark stören (Hinweise dazu im Artikel [«How to Manufacture a Climate Consensus»](#) des Klimaforschers Patrick J. Michaels).

Die «politische Ökonomie der Klimapolitik»

Wer nun denkt «Aha, wieder so ein Klimaleugner!», hat die Botschaft missverstanden. Es geht nicht darum, den Klimawandel oder den menschlichen Einfluss auf das Klima zu bestreiten. Sich in diese Debatte einzumischen, ziemt sich für einen Sozialwissenschaftler nicht. Aufgabe des Ökonomen ist es aber, die Forschungserkenntnisse seiner Disziplin auf die Klimapolitik anzuwenden. Die «politische Ökonomie der Klimapolitik» legt nahe, dass besonders hier, wo für ein moralisch aufgeladenes Ziel marktverzerrende Regulierungen und Milliardensummen eingesetzt werden, die Theorie der Interessengruppen - Stichwort «rent-seeking» - ein eindrückliches Betrachtungsobjekt findet. Nicht nur die politischen Eliten der Entwicklungsländer haben den Braten gerochen, auch der rasant wachsende Forschungsbetrieb und private Unternehmen zählen zu den eifrigen «Renten-jägern». Nicht zu vergessen die bunte Schar der Umwelt-NGO, die das Kopenhagener Minireultat lautstark beklagen. Doch solange die Politik weit hinter deren radikalen Forderungen zurückbleibt,

lassen sich mit apokalyptischen Klimawarnungen Einfluss und Spendengelder bestens mehren. Das sollten auch die Journalisten unserer Staatsmedien bedenken, wenn sie jeweils Kaderleute von Greenpeace und anderen Umweltmultis vor die Mikrofone bitten.

Der Informationsauftrag der staatlichen Medien würde die Pflege der Meinungsvielfalt auch auf dem Gebiet der Klimapolitik gebieten. Radio und Fernsehen profilierten sich aber im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz durchwegs als Sprachrohr für den IPCC-Mainstream. Meinungsvielfalt sollte wohl ein Kurzbeitrag von «10vor10» mit einer arrangierten Kontroverse ohne direkte Konfrontation zwischen Stocker und Lomborg demonstrieren. Kritischer Journalismus hiesse aber zum Beispiel, die Verhältnisse in der nicht so einträchtigen Klimaforschung genauer unter die Lupe zu nehmen. Oder die Programme der Klimapolitik unter dem Gesichtswinkel von Nutzen und Kosten zur Diskussion zu stellen. Denn Klimapolitik neigt auch bei uns zu Aktivismus ohne Rücksicht auf Kosten. So ist etwa das Milliarden-Programm der energetischen Sanierung von Gebäuden pro eingesparte Tonne CO₂ exorbitant teuer und liesse sich aus klimapolitischer Sicht kaum rechtfertigen. Ineffiziente oder gar symbolische Klimapolitik ist aber wohl das Letzte, was sich die hoch verschuldete westliche Staatenwelt leisten kann.

Eine frühere Version dieses Artikels wurde in der «Neuen Zürcher Zeitung» publiziert. Das Liberale Institut bedankt sich beim Autor für die freundliche Genehmigung zur Weiterveröffentlichung.

Januar 2010



Dieser Text ist verfügbar online unter: <https://www.libinst.ch/?i=nach-kopenhagen-und-climategate>

© Copyright 2010 **Liberales Institute**